



GRÜNE GARANTIESICHERUNG STATT HARTZ IV

KONZEPT ZUR NEUERMITTLUNG DER REGELSÄTZE

Sven Lehmann MdB, 26.06.2020

**Garantiert Teilhabe
und Würde**

Ist inklusiv

**Grüne
Sozialpolitik**

**Befähigt und
Unterstützt**

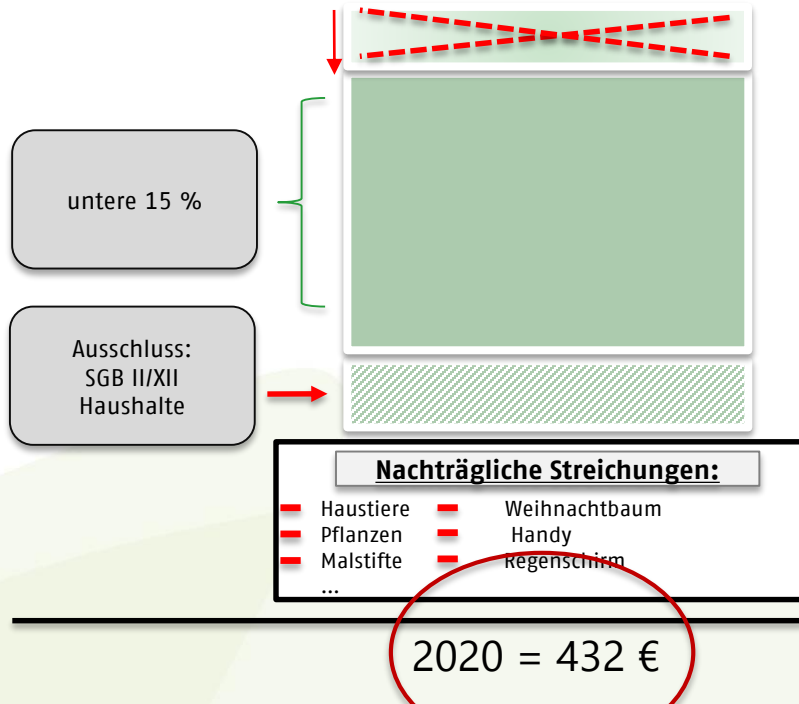
Schützt vor Abstieg

DIE REGELSÄTZE

- Sollen das **soziokulturelle Existenzminimum** sichern
 - in der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)
 - in der Sozialhilfe: Grundsicherung im Alter, ... (SGB XII)
- Haben darüber hinaus eine gewichtige Rolle:
 - als Freibetrag bei der Einkommensbesteuerung
 - im Unterhaltsrecht

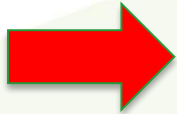
DERZEITIGE METHODE & GRÜNE KRITIK

STATUS QUO



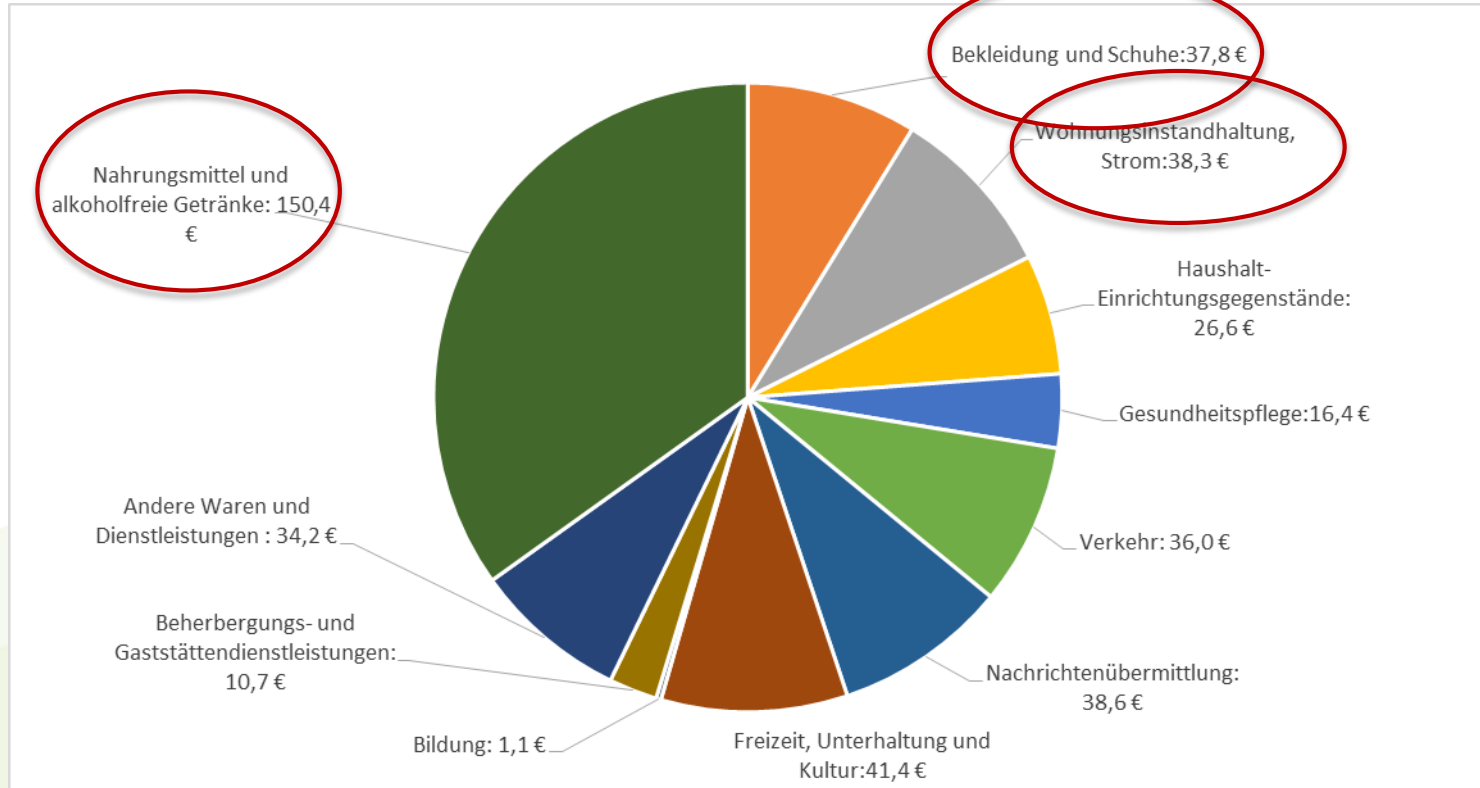
- Willkürliche Auswahl der Referenzhaushalte ohne Berücksichtigung ihrer Lebensbedingungen und Teilhabemöglichkeiten
- Regelsätze werden von Haushalten abgeleitet, die weniger haben als das gesetzliche Existenzminimum (verdeckt Arme)
- Regelsätze werden durch Streichungen von Ausgaben weiter kleingerechnet
- Anteil für Strom im Regelsatz bildet regionale Schwankungen und Verteuerungen nicht ab
- Es ist fragwürdig, Kosten für notwendige Weiße Ware zu pauschalieren

- Die Regelsätze werden **politisch gewollt** kleingerechnet und niedrig gehalten
- Es wird **politisch bewertet**, was Menschen zum Leben brauchen, die hilfebedürftig sind



Strukturelle Unterdeckung des Regelsatzes und damit soziale Ausgrenzung

REGELSATZ 2020: 432 €



ANFORDERUNG AN DIE REGELSATZ-ERMITTLUNG

BVerfG 2010:

„Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums

„[...] ist dem Grunde nach unverfügbar und muss eingelöst werden, bedarf aber der Konkretisierung und stetigen Aktualisierung durch den Gesetzgeber, der die zu erbringenden Leistungen an dem jeweiligen Entwicklungsstand des Gemeinwesens und den bestehenden Lebensbedingungen auszurichten hat. Dabei steht ihm ein Gestaltungsspielraum zu.“

(1 BvL 1/09 Rn. 133)

ANFORDERUNG AN DIE REGELSATZ-ERMITTLUNG: EINGELÖST?

Ausschnitt aus unserem Gutachten (Becker 2020, S. 41):

„Folglich kann das Ergebnis des Regelbedarfsermittlungsgesetzes (RBEG) nicht als verfassungsgerecht eingestuft werden – die vom BVerfG geforderte „Ausrichtung am Entwicklungsstand des Gemeinwesens und an den bestehenden Lebensbedingungen“ (BVerfG vom 09.02.2010, Az. 1 BvL 1, 3, 4/09, Rn. 133) ist nicht erfolgt.“

GRÜNE METHODE ZUR ERMITTLUNG DER REGELBEDARFE

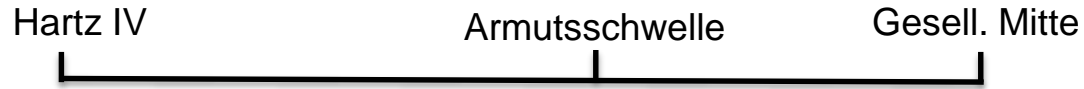
The logo features a stylized yellow sunflower with a green center, set against a background of overlapping green leaf shapes. The text 'BÜNDNIS 90' is in a bold, sans-serif font, 'DIE GRÜNEN' is in a slightly larger bold font, and 'BUNDESTAGSFRAKTION' is in a smaller font below it.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION

GUTACHTEN IM AUFTRAG DER BUNDESTAGSFRAKTION

- Dr. Irene Becker, Expertin für empirische Verteilungsforschung, und Verena Tobsch, Institut für empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung, haben in unserem Auftrag ein methodisch konsistentes Verfahren der Berechnung von Regelbedarfen für **Erwachsene und Kinder** entwickelt, das verfassungsrechtlichen Anforderungen genügt
- Die Methode orientiert sich an der **Gesellschaftlichen Mitte als Ankerpunkt**

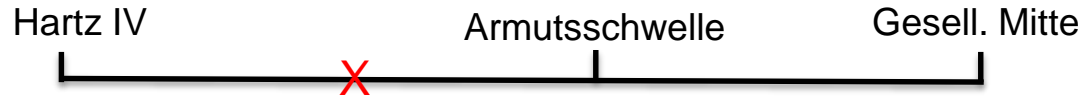
GRÜNE METHODE



Wofür geben die
Menschen Geld aus
und wieviel?

Bedarfstypisierung	Ausgaben für ... ¹
Lebensnotwendiger Grundbedarf (GB A)	Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke (1), Bekleidung und Schuhe (3), Wohnung, Energie, Instandhaltung (4)
Weiterer Grundbedarf (GB B)	Gesundheitspflege (6), Innenausstattung, Haushaltsgeräte und <u>-gegenstände</u> , Güter für die laufende Haushaltsführung (5), sonstige Waren und Dienstleistungen(12), z. B. Körperpflegeartikel
Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben (<u>skt</u>)	Verkehr (7) und Nachrichtenübermittlung (8), Freizeit, Unterhaltung, Kultur, einschl. bildungsrelevante Güter(9), Bildungswesen (10), Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (11), alkoholische Getränke, Tabakwaren (2), Mitgliedsbeiträge an Vereine etc.

GRÜNE METHODE



Wofür geben die Menschen Geld aus und wieviel?

Wie ist der jeweilige Abstand zur Gesellschaftlichen Mitte in den Güterkategorien?

Welchen Einkommensbereich wählen wir, um den Abstand zur Mitte insbesondere bei der Teilhabe zu verringern?

GUTACHTEN-ERGEBNISSE UND REFORMVARIANTE

<i>Gesamtkonsum</i> der Referenzeinkommensbereiche und der gesellschaftlichen Mitte, EVS 2013			
	Status Quo	untere 15 %	Gesellschaftliche Mitte
Haushaltsnettoeinkommen		893 €	1.936 €
Konsumausgaben			
für Ernährung	138 €	141 €	183 €
für Grundbedarf A	207€+KdU	607 €	912 €
für Grundbedarf B	66 €	90 €	204 €
für skT	121 €	263 €	568 €
insgesamt	395€+KdU	959 €	1.684 €
<i>relativer Rückstand</i> gegenüber den Alleinlebenden in der gesellschaftlichen Mitte			
Haushaltsnettoeinkommen	/	-54%	0%
Konsumausgaben			
für Ernährung	-25%	-23%	0%
für Grundbedarf A	-35%	-33%	0%
für Grundbedarf B	-67%	-56%	0%
für skT	-78%	-54%	0%
insgesamt	-63%	-43%	0%

GRÜNER FRAKTIONSBECHLUS VOM 12.05.2020 „GRÜNE GARANTIESICHERUNG STATT HARTZ IV“

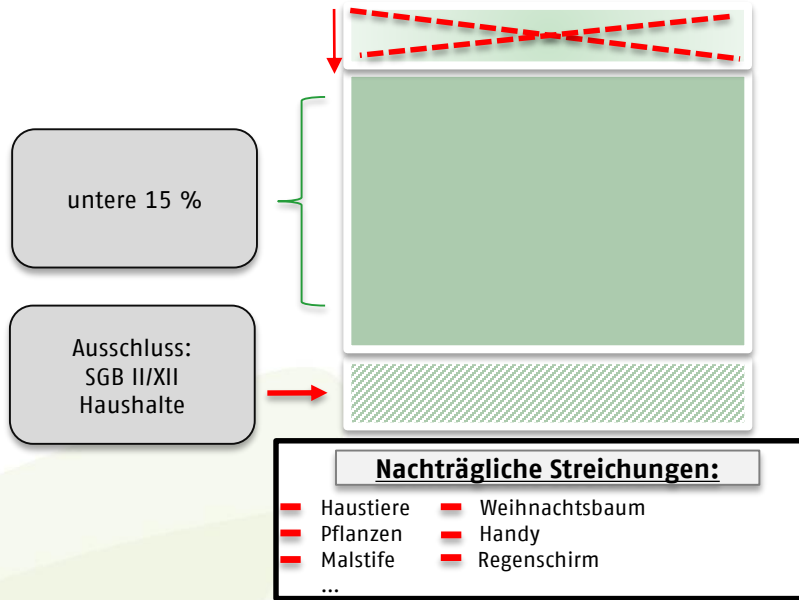
- **Untere 15%** als Referenzeinkommensbereich für die Grünen Garantiesicherungs-Regelsätze für Erwachsene
- bereinigt um die Haushalte in verdeckter Armut
- ohne Eingriff in das Statistikmodell durch nachträgliche Streichungen von Ausgaben

Vorteil für Koalitionsverhandlungen:

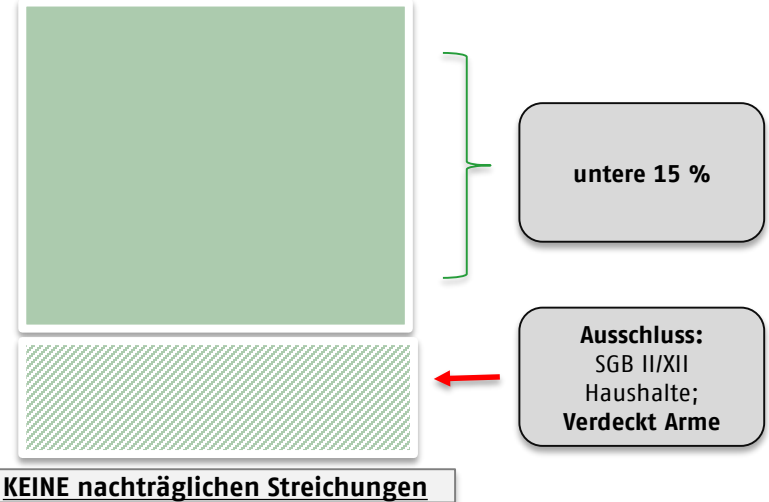
Eine schrittweise Umsetzung ist möglich!

- Keine nachträglichen Streichungen von Ausgabenpositionen
- Grundgesamtheit um Zirkelschluss Haushalte vollständig bereinigen: Haushalte in verdeckter Armut herauslösen

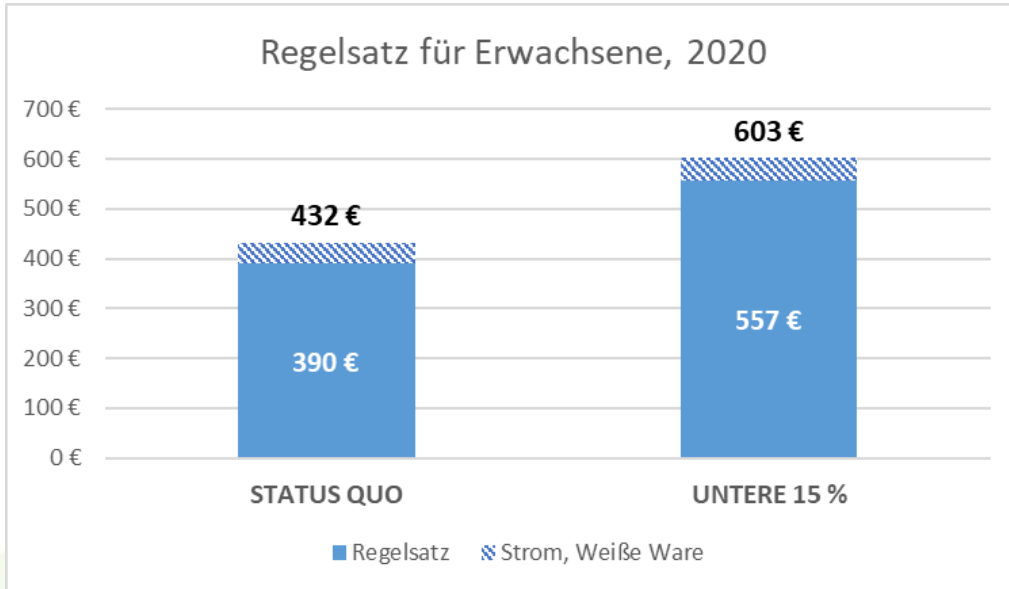
STATUS QUO



GRÜNER Beschluss



REGELSATZ FÜR ERWACHSENE



- Höhe Regelsatz: 557 Euro/Monat für Erwachsene (ohne Strom und Weiße Ware)
- Höhe Regelsatz: 603 Euro/Monat für Erwachsene (mit Strom und Weiße Ware)
- Veränderter Grundfreibetrag: 1.048 Euro

KINDER + JUGENDLICHE: REGELSÄTZE

Deutscher Bundestag
19. Wahlperiode

Drucksache 19/14326
22.10.2019

Antrag

der Abgeordneten Annalena Baerbock, Katja Dörner, Sven Lehmann, Dr. Wolfgang Strömgann-Kuhn, Ekin Deligöz, Anja Hajduk, Dr. Konstantin von Notz, Ulla Schauws, Beate Walter-Rosenheimer, Dr. Anna Christmann, Kai Gehring, Erhard Grundl, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Maria Klöpper, Schmeink, Kordula Schulz-Asche, Margit Stumpff, Canan Bayram, Britta Haßelmann, Katja Kautl, Filiz Polat, Tabea Rößner, Corinna Ruffner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Faire Chancen für jedes Kind – Kindergrundsicherung einführen

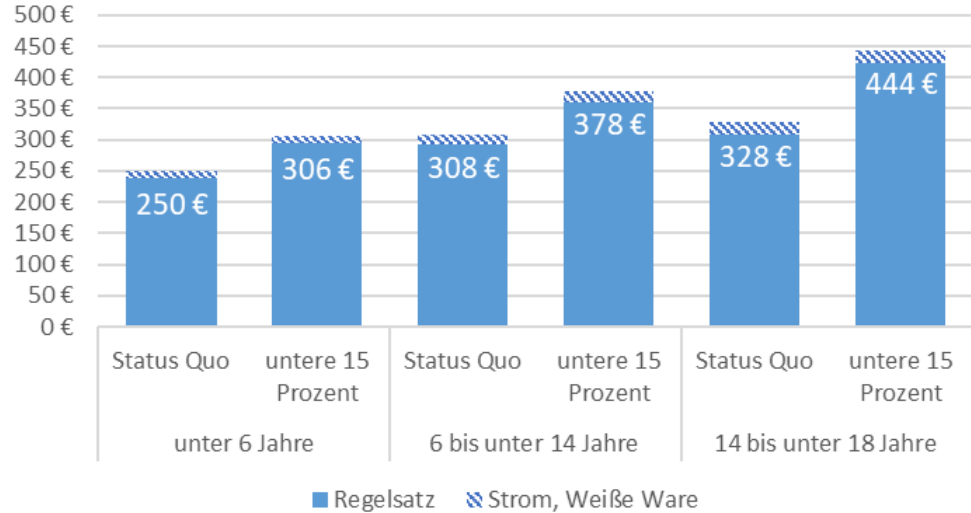
Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in Armut. Die Zahl der von Armut bedrohten Kinder, die mit schlechten Chancen ins Leben starten müssen, wird seit Jahren nicht kleiner. Vor allem bei Alleinerziehenden oder Geringverdienenden mit Kindern reicht das Geld oft hinten und vorne nicht. Bei rabattreichen Familien kommen staatliche Leistungen wie der Kindergarantienlohn gar nicht erst an. In einem so reichen Land wie Deutschland ist Kinderarmut ein nicht handhabbarer Zustand. Armut grenzt nicht nur vom gesellschaftlichen Leben aus, Armut macht auch Zukunftschancen kaputt. Es ist unfair und ungerecht, wenn die Herkunft über die Zukunft entscheidet und nicht das, was

zurzeit ist die Kinder- und Familienförderung trotz ihrer Vielzahl an Leistungen weder in einem Stück. Derzeit ist die Kinder- und Familienförderung trotz ihrer Vielzahl an Leistungen weder in einem Stück. Derzeit ist die Kinder- und Familienförderung trotz ihrer Vielzahl an Leistungen weder in einem Stück. Derzeit ist die Kinder- und Familienförderung trotz ihrer Vielzahl an Leistungen weder in einem Stück.

Regelsätze für Kinder + Jugendliche, 2020



GESAMTSTRATEGIE ZUR STÄRKUNG UNTERER EINKOMMEN

Gute Arbeit & Faire Löhne

- Erhöhung Mindestlohn
- Höhere Tarifbindung
- Starke Mitbestimmung
- Abschaffung sachgrundlose Befristung
- Minijobs umwandeln

Untere Einkommen stärken

- Kindergrundsicherung einführen
- Wohngeld verbessern
- Garantierente
- Höherer Freibetrag Einkommenssteuer

Garantiesicherung statt Hartz IV

- Teilhabesichernde Regelsätze
- Sanktionsfreiheit
- Bessere Beratung und Vermittlung
- Rechtsanspruch auf Weiterbildung
- Hinzuverdienst verbessern

WEITERER PROZESS & ZEITPLAN

Mai

- **Positionspapier:** Grüne Garantiesicherung statt Hartz IV

September

- **Antrag** Plenum & Begleitung
Gesetzgebungsverfahren Regelsätze BReg

Herbst

- **Gesamtkonzept:** Grüne Garantiesicherung

DANKE!

ANHANG

- Fraktionsbeschluss vom 12.05.2020 „Grüne Garantiesicherung statt Hartz IV – Teilhabe für alle garantieren, untere Einkommen entlasten, Regelsätze anheben“
<https://www.gruene-bundestag.de/files/beschluesse/beschluss-garantiesicherung.pdf>
- Weitere Informationen:
<https://www.sven-lehmann.eu/parlamentarische-initiativen/positionspapier-gruene-garantiesicherung-statt-hartz-iv/> und
<https://www.gruene-bundestag.de/themen/soziales/gruene-garantiesicherung-statt-hartz-iv>